

schönherr

PER E-MAIL

E-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

E-Mail: tarife@e-control.at

20.12.2019
GAZPROMEX/54002

Einschreiter:

Gazprom export LLC
Ostrovskogo Sq. 2a letter "A",
Sankt Petersburg 191023,
Russland

bevollmächtigte Vertreter
(§ 8 Abs 1 RAO):
P 130765

wegen:

Finale Konsultation zur Umsetzung des
Netzkodex über harmonisierte Fernlei-
tungsentgeltstrukturen

schönherr
RECHTSANWÄLTE GMBH

A-1010 Wien, Schottenring 19
T: +43 1 534 37-0 | F: +43 1 534 37-66100

STELLUNGNAHME

1-fach

Univ. Prof. Dr. Fritz Schönherr (-1984)
MMag. Sigrun Adrian-Waltner
MMag. Stefanie Aichhorn-Wöss
Dr. Robert Nicolas Bachner, LL.M.
Mag. Constantin Benes, LL.M.
Dr. Klaus Cavar, LL.M.
Mag. Valerie Ditz-Stimakovits, LL.M.
Mag. Martin Ebner, LL.M.
Mag. Arabella Eichinger
Dr. Peter Feyl, LL.M.
Mag. Clemens Gaugusch, LL.M.
Dr. Christoph Haid, LL.M.
Dr. Christian Herbst, LL.M.
Mag. Evelin Hlina, LL.M.
Dr. Dominik Hofmarcher
Dr. Sascha Hödl, LL.M.
Dr. Wolfgang Höller, MBL-HSG
Mag. Ayla Ilicali, LL.M.
Mag. Sara Khalil, LL.M.
Dr. Klara Laura Kiehl
Dr. Peter Konwitschka
Mag. Leon Kopecky, LL.M.
Hon.Prof. Dr. Guido Kucsko
Dr. Thomas Kulnigg
Dr. Florian Kuszniel, LL.M.
Dr. Stefan Kührteubl
Dr. Michael Lagler, LL.M.
Mag. Maximilian Lang, LL.M.
Dr. Günther Leissler, LL.M.
Dr. Christoph Lindinger
Mag. Dr. Peter Madl
Mag. Katharina Mihalovic
Dr. Andreas Natterer
MMag. Gregor Petric
Maja Petrovic, LL.M.
Mag. Dr. Roman Pernert
Mag. Victoria Pernert, LL.M.
Mag. Markus Pluk, LL.M., MBA
Dr. Alexander Popp, LL.M.
Mag. Matthias Pressler, BSc
Mag. Clemens Rainer
Mag. Bernd Rajal
Dr. Ursula Rath, LL.M.
Dr. Manuel Ritt-Huemer, MSc
Mag. Benjamin Schlatter, Bakk. techn.
Hon.Prof. Dr. Christian Schmelz
Dr. Sascha Schulz
Dr. Christian Schumacher, LL.M.
Mag. Laurenz Schwitzer
Mag. Marguerita Sedrati-Müller, Bakk.
Mag. Miriam Simsa
Mag. Johannes Stalzer
Mag. Gudrun Stangl, LL.M., MBA
Mag. Stefanie Stegbauer
Michael Stimakovits, LL.M.
Mag. Marco Thorbauer
MMag. Dr. Wolfgang Tichy
Dr. Franz Urlesberger, LL.M.
MMag. Bojana Vareskic
Mag. Teresa Waldmann
Dr. Gudrun Waniek, MA
Mag. Julia Wasserburger, LL.M., LL.M.
Mag. Volker Weiss, LL.M.
Mag. Dr. Thomas Wenger
Mag. Veronika Wolfbauer, LL.M.
Dr. Michael Woller, LL.M., MBA
Mag. Dr. Hanno Wollmann, LL.M., MA
Mag. Manuela Zimmermann

Schönherr Rechtsanwälte GmbH
A-1010 Wien, Schottenring 19
T: +43 1 534 37 0
F: +43 1 534 37 - 66100
office.austria@schoenherr.eu
www.schoenherr.at
FN 266331p HG Wien
UID ATU 61980967
DVR 157139

AUSTRIA
EUROPEAN UNION
BULGARIA
CROATIA
CZECH REPUBLIC
HUNGARY
MOLDOVA
POLAND
ROMANIA
SERBIA
SLOVAKIA
SLOVENIA

Am 31. Jänner 2019 veröffentlichte die Energie-Control Austria für die Regulierung der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft, Rudolfsplatz 13a, 1010 Wien (**E-Control**) ihre erste Konsultationsunterlage (**KU 1**) zur Umsetzung der Verordnung (EU) 2017/460 der Kommission vom 16. März 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über harmonisierte Fernleitungsentgeltstrukturen (**NC TAR**). Die KU 1 sollte der Erfüllung des Konsultationserfordernisses des NC TAR dienen. Zur KU 1 haben wir bereits mit Schriftsatz vom 29. März 2019 fristgerecht Stellung genommen.

Am 6. November 2019 veröffentlichte E-Control ihre finale Konsultationsunterlage (**KU 2**) zur Umsetzung des NC TAR. Auch die KU 2 soll der Erfüllung des Konsultationserfordernisses des NC TAR dienen. Nachstehend nehmen wir in erster Linie zu den Änderungen und Ergänzungen gegenüber der KU 1 Stellung. Die in unserer Stellungnahme zur KU 1 vorgebrachten Argumente halten wir unverändert aufrecht, sofern diese nicht aufgrund der im Rahmen der KU 2 vorgenommenen Änderungen obsolet wurden.

Binnen offener Frist erstatten wir nachstehende

STELLUNGNAHME:

1. Allgemeines zur Referenzpreismethode (RPM)

In der KU 2 werden nunmehr die der RPM zugrunde liegende Berechnungsmethode und die Werte der Entfernungsfaktoren angegeben. Weiters wurden die anhand der KU 1 nicht nachvollziehbaren Distanzkorrekturen ersatzlos gestrichen. Damit ist zwar eine Verbesserung erzielt worden. Dennoch weist auch die KU 2 – im Vergleich zu Konsultationsunterlagen in anderen EU Ländern – einen nicht ausreichenden Detailgrad auf. Insbesondere mangelt es an einer allgemein verständlichen Beschreibung der Tarifberechnungsmethodik. Eine solche Beschreibung ist im NC TAR ausdrücklich vorgeschrieben.

In diesem Zusammenhang ist außerdem nicht nachvollziehbar, warum der auf Seite 8 der KU 2 angeführte Wert für die prognostizierte kontrahierte Kapazität (FZK) am Ausspeisepunkt Verteilergelb 1 (25.004.944) von den Werten im Excel-Modell "Berechnungsmodell zur Konsultationsunterlage TAR NC" ($21.422.795 + 2.957.018 = 24.379.813$) abweicht.

2. Benchmark-Entgelt Murfeld

Auch nach der KU 2 soll für die Ausspeisungen am Punkt Murfeld ein eigens errechnetes, zu einer Tarifiereduktion führendes Benchmark-Entgelt zur Anwendung gelangen, um ein im Vergleich zu einer vermeintlich konkurrierenden Transportroute wettbewerbsfähiges Tarifniveau zu erreichen. Die KU 1 enthielt keine Ausführungen dazu, inwieweit der Punkt Murfeld tatsächlich in Konkurrenz zur behaupteten Alternativroute steht und inwieweit die vermeintliche Alternativroute eine gleichwertige

Alternative für Netznutzer bildet. Die KU 2 enthält dazu zwar nähere Angaben, insbesondere eine grafische Gegenüberstellung des Kapazitätsbuchungsverlaufs an den Ausspeisepunkten Murfeld und Mosonmagyaróvár. Überzeugend sind diese Angaben jedoch nicht, zumal anhand dieser Angaben nicht abschließend geprüft werden kann, ob der Rückgang an Buchungen am Punkt Murfeld tatsächlich mit den höheren Buchungswerten am Punkt Mosonmagyaróvár im unmittelbaren Zusammenhang steht. Eine direkte Konkurrenz dieser beiden Ausspeisepunkte würde voraussetzen, dass die Transportkunden die beiden Ausspeisepunkte als – von der Höhe des Ausspeisetarifs abgesehen – gleichwertige Ausspeisemöglichkeit ansehen. Dies ist in der Regel nicht der Fall. Wenn sich E-Control im Rahmen der Rechtfertigung der Einführung eines Benchmark-Tarifs auf eine Konkurrenzsituation zwischen Murfeld und Mosonmagyaróvár berufen will, müsste sie zunächst in Bezug auf die beiden Ausspeisepunkte eine detaillierte Untersuchung der Buchungssituation und Buchungsvorgänge durchführen und auf Basis deren Ergebnisse eine Marktanalyse vornehmen. Erst anhand einer solchen Marktanalyse kann abschließend beurteilt werden, ob eine Konkurrenzsituation tatsächlich besteht und die Einführung eines Benchmark-Tarifs sachlich gerechtfertigt ist. Der Benchmark-Tarif bildet eine wesentliche Abweichung vom Prinzip der Kostenverursachungsgerechtigkeit und darf daher nicht aufgrund von offenkundig oberflächlichen Untersuchungen oder reinen Vermutungen eingeführt werden.

Die KU 2 enthält auch keine Erklärung dazu, warum E-Control am Punkt Murfeld ein Tarif-Differenzlimit von 0,67 €/kWh/h/Jahr anwendet. Dieses Differenzlimit entbehrt jeder Grundlage und erscheint willkürlich. Wenn E-Control tatsächlich die Förderung des Wettbewerbs zwischen zwei Ausspeisepunkten bezweckt und aus diesem Grund vom Kostenverursachungsprinzip abweicht, wäre eine solche Abweichung für beide Ausspeisepunkte anzuwenden und nicht ausschließlich für den Punkt Murfeld. Die ausschließliche Tarifiereduktion für Murfeld hat nämlich zur Folge, dass die Kosten auf andere Ein- und/oder Ausspeisepunkte übergewälzt werden und damit die Gefahr von Quersubventionen besteht. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass die KU 2 nach wie vor keine Angaben dazu enthält, ob und gegebenenfalls an welchen Ein-/Ausspeisepunkten die fehlende Kostendeckung beim Punkt Murfeld kompensiert werden soll. Es liegt der Verdacht nahe, dass die Kompensation über die allgemeine 10% Tarifsteigerung an wesentlichen Einspeise- und Ausspeisepunkten (insbesondere Baumgarten) erfolgen soll.

Es wird auch nicht erklärt, wie das Benchmark-Entgelt für Murfeld berechnet wurde. Aus der Tariftabelle ist lediglich ersichtlich, dass das Benchmark-Entgelt zu einer (in der KU 2 noch erheblicheren) Reduktion des bestehenden Tarifs um -43% führt. Die Berechnung des Benchmark-Entgelts Murfeld ist daher weder transparent noch nachvollziehbar.

Schließlich vertreten wir die Auffassung, dass Art 6(4)(a) NC TAR keine Abweichungen von der RPM zulässt, um den Wettbewerb zwischen zwei spezifischen nationalen Ausspeisepunkten zu fördern. Die Regelung des NC TAR zielt vielmehr darauf ab, im Hinblick auf das unionsrechtliche Ziel eines integrierten Gasmarktes den Wettbewerb zwischen nationalen Märkten sicherzustellen. Art 6(4)(a) NC TAR wird daher

typischerweise bei einer Abschottung von nationalen Märkten angewendet, die auf große Tarifunterschiede zu benachbarten Märkten zurückzuführen sind. Das ist hier nicht der Fall, zumal E-Control selbst feststellt, dass die beiden Ausspeisepunkte dem Transport von Erdgas nach Kroatien dienen.

3. Entgeltsteigerungsbremse von 10%

Die KU 1 hat eine maximale Tarifierhöhung um 10% vorgesehen, gleichzeitig aber jede Angabe dazu vermissen lassen, warum es bei den betroffenen Ein- und Ausspeisepunkten überhaupt zu einer Kostensteigerung kommt. E-Control rechtfertigte die "Entgeltsteigerungsbremse" (**Kostenbremse**) mit der Notwendigkeit einer ausreichenden Tarifstabilität und mit dem Schutz bestehender Verträge sowie der Vermeidung von Marktverzerrungen. E-Control räumte in diesem Zusammenhang auch ein, dass die vorgeschlagenen Entgelte nicht den nach der RPM berechneten Tarifen entsprechen. Die theoretischen Entgelte seien demnach weit höher und aus diesem Grund bedarf es einer Kostenbremse.

Die KU 2 sieht weiterhin eine maximale Tarifierhöhung von 10% vor. Ergänzend zu den Erläuterungen der KU 1 führt E-Control aus, dass die Inlandsversorgung vor dem Mengenrisiko aus langfristigen Kapazitätsverträgen auf der Transitebene geschützt werden muss. Den 10%-Wert erklärt E-Control mit dem Verbraucherpreisindex (VPI), der in den letzten und auch kommenden Jahren eine jährliche Teuerungsrate von rund 2% indiziert.

Wir lehnen die vorgeschlagene Tarifierhöhung um 10% nach wie vor grundsätzlich ab, weil uns keine größeren netzbezogenen Investitionen bekannt sind, die eine Tarifierhöhung in diesem Ausmaß rechtfertigen würden. Auch besteht unseren Informationen nach eine konstant hohe Auslastung der Ein- und Ausspeisepunkte. Weiters hinterfragen wir, ob die vorgeschlagene Kostenbremse in Bezug auf alle Ein- und Ausspeisepunkte kostenverursachungsgerecht ist. Die zwei Konsultationsunterlagen lassen nicht erkennen, wie hoch die Tarife der einzelnen Ein- und Ausspeisepunkte ohne Anwendung der Kostenbremse wären. E-Control selbst unterscheidet zwischen den "tatsächlichen" Tarifen, die mit Beginn der nächsten Entgeltperiode zur Anwendung gelangen sollen und jenen, die sich aus der RPM ohne Kostenbremse theoretisch ergeben würden ("theoretische" Entgelte). Nur die tatsächlichen Entgelte sind in den Konsultationsunterlagen dargelegt.

Die im Rahmen unserer Stellungnahme zur KU 1 gegen die Tarifierhöhung vorgebrachten Argumente werden von der KU 2 sogar unterstützt: Während die KU 1 noch für insgesamt 17 Entry/Exit Punkte eine Tarifierhöhung von 10% vorsah, sieht die KU 2 eine solche Erhöhung nur noch für 8 Punkte vor. Betroffen von der Erhöhung ist insbesondere der Einspeisepunkt Baumgarten. Zahlreiche Ein- und Ausspeisepunkte, für die in der KU 1 noch eine Tarifierhöhung von 10% vorgesehen war, profitieren nun von einer deutlichen Tarifsenkung (z.B. Entry Oberkappel und Überackern, Senkung um jeweils 14%). Diese wesentlichen Tarifänderungen zur KU 1 werden von E-Control nicht erläutert, was wiederum indiziert, dass die ursprünglich

vorgesehene Tarifierhöhung von 10% willkürlich erfolgte und in keinem sachlich begründeten Verhältnis zu den tatsächlichen Kosten der betreffenden Ein-/Ausspeisepunkte bzw der dort angebotenen Transportleistungen standen. Es ist daher nahelegend, dass diese willkürliche Herangehensweise, die eindeutig den Vorgaben des NC TAR widerspricht, bei jenen Einspeise- und Ausspeisepunkten gewählt wurde, die nach der KU 2 weiterhin von einer Tarifierhöhung von 10% betroffen sind. Wir bezweifeln auch, dass es sich bei der 10%-Regel tatsächlich um eine "Kostenbremse" handelt. Der Verweis auf den VPI und die Einführung von Benchmark-Tarifen sowie die nicht nachvollziehbaren Tarifsenkungen bei anderen Einspeise- und Ausspeisepunkten legen die Annahme nahe, dass Kosten der einzelnen Ein- und Ausspeisepunkte auf andere Punkte verschoben werden sollen. Diese Vorgehensweise ist mit dem NC TAR nicht in Einklang zu bringen.

Weiters weisen wir erneut darauf hin, dass wir ohne Kenntnis der unter der RPM ermittelten "theoretischen" Tarife und der beiden Tarifarten zugrundeliegenden Berechnungen nicht überprüfen können, ob die indikativen Tarife der KU 2 angemessen sind und welche Ein- und Ausspeisepunkte derzeit möglicherweise von einer unzulässigen Quersubventionierung profitieren. Zudem sehen wir uns mangels Kenntnis der theoretischen Tarife und der zugrundeliegenden Berechnungen weiterhin massiven Planungsunsicherheiten ausgesetzt. Wir halten daher unsere Bitte um diesbezügliche Offenlegung weiter aufrecht.

4. Ein- und Ausspeiseentgelt – Verteilergebiet

Wir haben bereits im Rahmen unserer Stellungnahme zur KU 1 aufgezeigt, dass es den Anschein hat, als würden die Ausspeisepunkte zum Verteilergebiet gegenüber anderen Ein- und Ausspeisepunkten tarifmäßig bevorzugt. Die KU 2 geht bei der Ausgestaltung der Tarifierung der Ausspeisepunkte zum Verteilergebiet nunmehr sogar über die Festlegungen der KU 1 hinaus. Im Gegensatz zur KU 1 sieht die KU 2 für diese Punkte keine Beibehaltung, sondern eine Senkung der Tarife um 12% vor, während es bei einem großen Teil der anderen Ein- und Ausspeisepunkte zu Tarifierhöhungen kommen soll. Dies betrifft insbesondere Ein- und Ausspeisepunkte an Grenzen, die vor allem auch dem Gastransit dienen. Eine Erklärung dafür findet sich in der KU 2 nicht. Wiederum liegt der Schluss nahe, dass damit nicht verursachungsgerechte Kostenzuweisungen vorgenommen werden, mit der Folge und dem Risiko von unzulässigen Quersubventionen. Für die Einspeisung aus dem Verteilergebiet gelangt zudem unverändert kein Tarif zur Anwendung. Die aus unserer Sicht nicht gerechtfertigte Bevorzugung von heimischen Produzenten ist damit offenkundig.

5. Clustering

Grundsätzlich besteht gegen den Grundgedanken eines Clusterings von Einspeisepunkten oder bestimmter Ausspeisepunkten kein Einwand, allerdings stellt sich wiederum im Zusammenhang mit der Kostenbremse (vgl Punkt 3 oben) die Frage, ob das vorgeschlagene Clustering dem Prinzip der Verursachungsgerechtigkeit ausreichend Rechnung trägt. In der KU 2 fällt in diesem Zusammenhang auf, dass das

vorgeschlagene Clustering für Einspeisepunkte bei der Festlegung der indikativen Tarife nicht umgesetzt wurde: So ist beispielsweise für die Einspeisung aus dem Verteilergebiet kein Tarif vorgesehen. Weiters unterliegen innerhalb des Einspeiseclusters bloß die Einspeisepunkte Baumgarten, Mosonmagyaróvár und Petrzalka einer Tarifierhöhung (+10%), während die Einspeisepunkte im Westen (Oberkappel und Überackern) nunmehr von einer Senkung des Einspeisetarifs profitieren. Diese Ungleichbehandlung innerhalb des Einspeiseclusters wird in der KU 2 nicht erklärt: Es scheint, als sollten Importe an der Westgrenze gegenüber Importen an der Ostgrenze (Baumgarten) bevorzugt werden. Diese unangemessene und ungerechte Bevorzugung ist nicht nachvollziehbar, zumal die Distanz der Einspeisepunkte Oberkappel und Überackern zum virtuellen Referenzpunkt in Baumgarten deutlich größer ist als jene des Einspeisepunktes Baumgarten.

6. Rescaling

Für die Anpassung (Rescaling) gem Art 6(4)(c) NC TAR wird das Entgelt an allen Ein- und Ausspeisepunkten mit einer Konstanten multipliziert. Es ist zwar nunmehr ersichtlich mit welcher Konstanten die Ein- und Ausspeisepunkte multipliziert werden. Angaben dazu, welche Auswirkungen das Rescaling auf den entry/exit Split hat, der sich aus der strikten Anwendung der RPM ergibt, sucht man in der KU 2 nach wie vor vergebens. Dasselbe gilt für eine Darlegung der Auswirkungen des Rescaling auf den Index des Kostenzuweisungsvergleichs.

7. Abschläge, Multiplikatoren und saisonale Abschläge

Die KU 1 sah die Anwendung von Abschlägen, Multiplikatoren und saisonalen Abschlägen vor, wobei letztere in der KU 2 nicht mehr vorgesehen sind. Dafür unterliegt der Ausspeisepunkt Arnoldstein nunmehr vergleichsweise hohen Multiplikatoren. Die vorgeschlagenen Multiplikatoren bewegen sich zwar nach wie vor im Rahmen der vom NC TAR vorgesehenen Bandbreiten, liegen aber einerseits deutlich über den derzeit festgelegten Multiplikatoren gemäß Gas-Systemnutzungsentgelteverordnung 2013 idF BGBl II Nr 355/2018 sowie andererseits auch über den Multiplikatoren, die in anderen Ländern vorgeschlagen werden bzw zur Anwendung gelangen.

Auch unterliegen kapazitätsbasierte Fernleitungsentgelte für dynamisch zuordenbare Kapazität (DZK) weiterhin einem Abschlag von 10%. Letzterer wird in beiden Konsultationsunterlagen nicht begründet und sollte zudem höher sein. Dies insbesondere deshalb, weil Kapazitätsprodukte in Form von DZK von der Harmonisierung der Fernleitungsentgelte besonders betroffen sind und nicht nur unnötigen Netzausbau vermeiden, sondern auch zu einer höheren Liquidität im Marktgebiet beitragen.

8. Kostenbasis

Die KU 2 verweist auf die Kostengenehmigungsverfahren V MET G 01/17 (GCA) und V MET G 02/17 (TAG), die derzeit bei E-Control anhängig sind. In diesem Zusammenhang stellt E-Control klar, dass derzeit alle Tarife auf Basis einer vorläufigen Kostenbasis berechnet wurden. Unseres Erachtens geht diese Situation mit einer potentiellen Anpassung dieser indikativen Tarife zu einem späteren Zeitpunkt einher, nämlich wenn die endgültige Kostenbasis von derjenigen abweicht, die der aktuellen Tarifberechnung zugrunde liegt. Aus planerischer Sicht ist diese Herangehensweise problematisch, weil es für uns nicht möglich ist, die Tarife für die kommende Entgeltperiode, die nach der KU 2 am 1. Oktober 2020 beginnen wird, zu prognostizieren. Aus der Sicht einer vorausschauenden, strategischen Portfolioplanung ist diese Situation sehr nachteilig.

9. Anträge

Wir halten die in unserer Stellungnahme vom 29. März 2019 zur KU 1 gestellten Anträge unverändert aufrecht.

Gazprom export LLC

